



Bundesministerium
der Finanzen

I n n e n a n s i c h t e n

Steuern & Zölle

Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt.



Ausgabe 2005



INHALT

1. Editorial	2
2. Ausgangslage	4
3. Schwerpunkte des Gesetzes	6
4. Förderung der Altersvorsorge	8
4.1 Allgemeine Grundsätze	8
4.2 Welche Leibrentenprodukte können gefördert werden?	9
4.3 Förderung der betrieblichen Altersversorgung	10
4.4 Vereinfachungen bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge	11
5. Besteuerung von Alterseinkünften	12
5.1 Allgemeine Grundsätze	12
5.2 Besteuerung von Renten	14
5.3 Besteuerung von Pensionen	18
5.4 Altersentlastungsbetrag	18
5.5 Rentenbezugsmitteilung	19
6. Perspektiven	20





Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind die zentralen Leitbilder jeder zukunftsorientierten Politik. Das gilt gerade auch angesichts des demographischen Wandels in Deutschland. Es erfordert besondere Anstrengungen auf vielen Politikfeldern, um ein stabiles Fundament für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit zu schaffen. Dabei müssen die berechtigten Interessen aller Generationen berücksichtigt werden.

Mit dem Alterseinkünftegesetz wird genau dies geleistet. Die steuerliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und von Altersbezügen ist ab Januar 2005 transparenter und gerechter. Die Jüngeren erhalten mehr Freiräume um für das Alter vorzusorgen. Gleichzeitig bleibt der Durchschnittsrentner steuerlich unbelastet.

Für die Erwerbstätigen gilt: Die Altersvorsorge wird in zunehmendem Maße steuerfrei gestellt. Die Steuerlast für Erwerbstätige sinkt und das Nettoeinkommen steigt. Unter dem Strich werden die privaten Haushalte insgesamt bereits 2005 um rund 1 Milliarde Euro entlastet – mit steigender Tendenz: Im Jahr 2010 sind es schon 6 Milliarden Euro jährlich.

**Mehr Freiraum
für die
Altersvorsorge**

Für Rentner gilt: Lange Übergangsfristen sorgen für einen schonenden Übergang zur vollen Besteuerung der Rente. Dabei steht fest: Die große Mehrheit der Rentner wird auch in Zukunft keine Steuern auf ihre Rente zahlen müssen. So ist die Rente alleinstehender „Bestandsrentner“ und von Neurentnern des Jahres 2005 bis zu einer Höhe von rund 18.900 Euro/Jahr = 1.575 Euro/Monat steuerunbelastet, wenn neben der Rente keine anderen Einkünfte vorhanden sind. Bei Verheirateten verdoppelt sich dieser Betrag.

**Mehrheit der
Rentner nicht
betroffen**

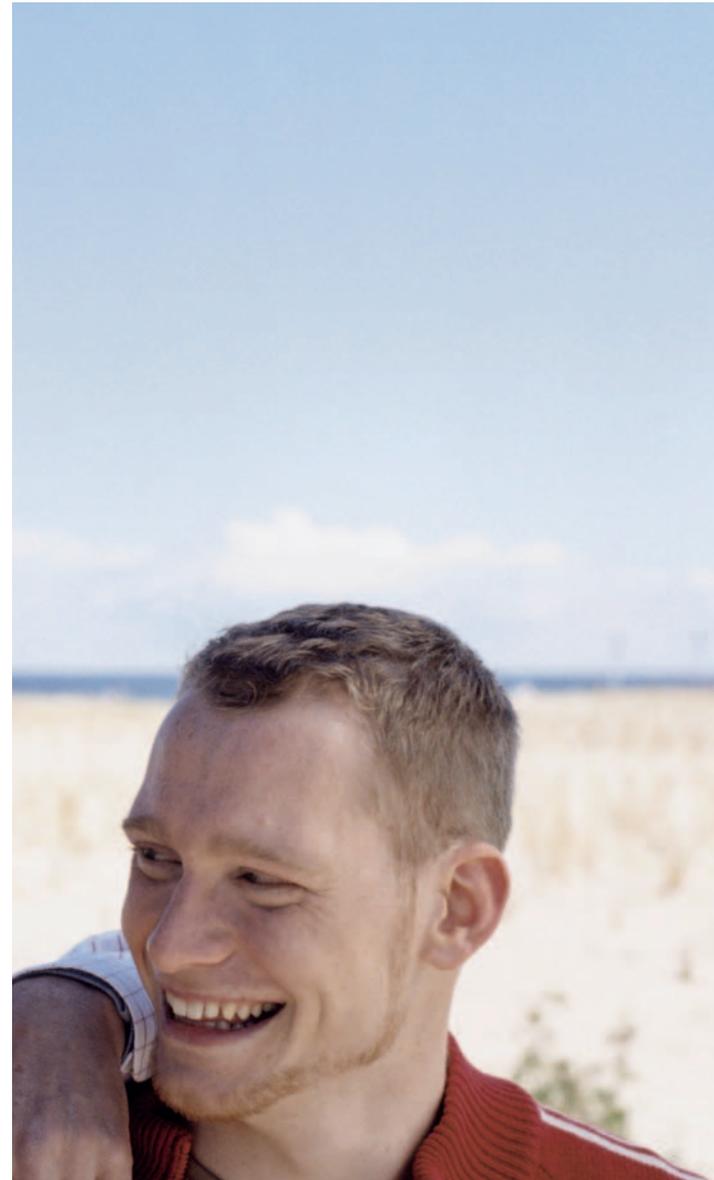
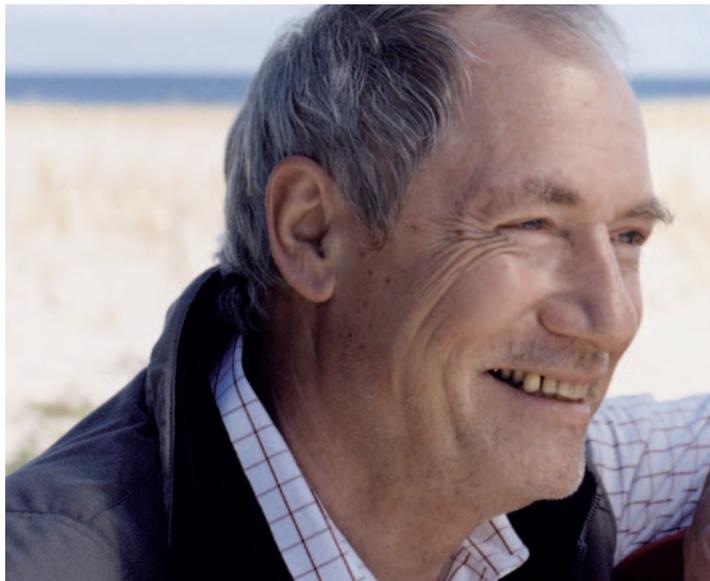
Mit dieser Broschüre wollen wir Sie darüber informieren, was sich durch das Alterseinkünftegesetz ändert und wie Sie die neue Regelung bei Ihrer Altersvorsorge unterstützt.

Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen

2 AUSGANGSLAGE

Mit dem Alterseinkünftegesetz setzt die Bundesregierung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts um. Das Gericht hatte im März 2002 entschieden, dass die unterschiedliche Besteuerung von Beamtenpensionen und Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes unvereinbar ist. Der Gesetzgeber wurde deshalb dazu verpflichtet, spätestens mit Wirkung ab 2005 die Besteuerung neu zu regeln und eine Gleichbehandlung aller Versorgungsempfänger sicherzustellen. Im Kern stand die Kritik, dass Pensionen voll zu versteuern seien, während Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nur mit dem Ertragsanteil der Besteuerung unterlägen.

Bessere Bedingungen für die Altersvorsorge Zugleich hat der Gesetzgeber die Gelegenheit genutzt, die Bedingungen für die Altersvorsorge zu verbessern und die Attraktivität der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente) zu erhöhen.



3 SCHWERPUNKTE DES GESETZES

Wichtiger Schwerpunkt des Alterseinkünftegesetzes ist der Übergang zur **nachgelagerten Besteuerung** von Altersbezügen mit einer weit reichenden Schonung der Altfälle und der rentennahen Jahrgänge. Für Beitragszahler und Rentner bedeutet dies: Die Bezüge von Rentnern werden nach und nach – Neurentnerjahrgang für Neurentnerjahrgang – steuerpflichtig. Dafür werden die während der Erwerbsphase in die Altersvorsorge eingezahlten Beiträge für jeden Erwerbstätigen über die Jahre allmählich von der Einkommensteuer freigestellt.

Durch das Alterseinkünftegesetz wird ferner die **Kapitallebensversicherung** ab dem 1. Januar 2005 als eine besondere Art der Vermögensbildung steuersystematisch korrekt eingeordnet. Das Steuerprivileg der Kapitallebensversicherungen sorgte für eine unscharfe Abgrenzung von Maßnahmen der Vermögensbildung zu Maßnahmen der Altersvorsorge. Viele Kapitallebensversicherungen werden typischerweise nicht ausschließlich für die Altersvorsorge genutzt, sondern sind häufig frei verfügbare Kapitalanlagen. Die Begrenzung dieses Privilegs schafft mehr Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Besteuerung von Kapitalanlagen.

Was heißt eigentlich nachgelagerte Besteuerung?

Nachgelagerte Besteuerung bedeutet, dass Alterseinkünfte erst dann versteuert werden, wenn diese an den Steuerpflichtigen ausgezahlt werden – also im Alter. Dafür bleiben die Beiträge zur Altersvorsorge in der Erwerbstätigenphase bis zu einem jährlichen Höchstbetrag unversteuert.

Der Übergang zur nachgelagerten Besteuerung und zur Steuerfreistellung der Altersvorsorgeaufwendungen erfolgt aber schrittweise, da die im Falle der sofortigen Einführung eintretenden Steuerausfälle für den Staat nicht tragbar wären.



Das Alterseinkünftegesetz verbessert außerdem die steuerlichen Rahmenbedingungen in der **betrieblichen Altersversorgung**. Die Beiträge des Arbeitgebers für eine Direktversicherung werden künftig steuerfrei gestellt. Davon profitieren vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben, die nunmehr auch von der Möglichkeit der steuerfreien und bis 2008 sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung Gebrauch machen können.

Zusätzlich werden **Vereinfachungen bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge** – der Riester-Rente – sowohl für die Steuerpflichtigen als auch die Anbieter umgesetzt. So werden zum Beispiel das Antragsverfahren vereinfacht und die so genannten Riester-Produkte flexibler gestaltet.

Trotz dieser Neuregelungen ändert sich durch das Alterseinkünftegesetz für die große Mehrheit der Rentner und Rentnerinnen nichts. Mehr als drei Viertel aller Rentnerhaushalte werden auch nach 2005 keine Steuern auf ihre Rente zahlen.

Betrachtet man die steuerlichen Auswirkungen auf Rentner und Erwerbstätige zusammen, gilt: Das Alterseinkünftegesetz ist insgesamt ein Steuersenkungsprogramm. Das betrifft vor allem die heute Erwerbstätigen. Ihre finanziellen Spielräume werden durch die steuerliche Freistellung der Altersvorsorgeaufwendungen deutlich erweitert. Im Jahr 2005 beträgt die steuerliche Entlastung rund 1 Milliarde Euro. Danach steigt das Entlastungsvolumen jährlich um ca. 1 Milliarde Euro weiter an. Bereits nach 20 Jahren ist die volle Entlastung der Erwerbstätigen mit jährlich 20 Milliarden Euro erreicht.

1 Milliarde
Euro
Entlastung
in 2005

4 FÖRDERUNG DER ALTERSVORSORGE

4.1 Allgemeine Grundsätze

In Zukunft werden die Aufwendungen zur Altersvorsorge bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 Euro steuerfrei gestellt. Als Aufwendungen zur Altersvorsorge gelten im Sinne des Gesetzes Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen, landwirtschaftlichen Alterskassen, berufständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen, sowie private Leibrentenversicherungen, wenn diese die Förderkriterien erfüllen (siehe 4.2).

Mit dem Übergang zur nachgelagerten Besteuerung werden die Abzugsmöglichkeiten schrittweise erhöht – ab 2005 zunächst auf 60 Prozent der innerhalb des Höchstbetrages gezahlten Beiträge einschließlich des Arbeitgeberanteils (12.000 Euro). In den folgenden Jahren wird dieser Satz jährlich um jeweils 2 Prozentpunkte angehoben, so dass die Aufwendungen ab 2025 zu 100 Prozent abgezogen werden können. Entsprechend wächst auch das maximal als Sonderausgaben zu berücksichtigende Volumen von zunächst 12.000 Euro auf 20.000 Euro.

Verbesserung des Sonderausgabenabzugs für Altersvorsorgebeiträge

Jahr	Prozentsatz*
2005	60
2006	62
2007	64
2008	66
2009	68
2010	70
2011	72
2012	74
2013	76
2014	78
2015	80
2016	82
2017	84
2018	86
2019	88
2020	90
2021	92
2022	94
2023	96
2024	98
ab 2025	100

*der Beitragsberücksichtigung zur Altersvorsorge

Schrittweise Erhöhung des Sonderausgabenabzugs

Für die übrigen Sozialversicherungsbeiträge (Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) und andere Vorsorgeaufwendungen (z.B. private Haftpflichtversicherungen) wird es ab 2005 – neben dem Abzugsvolumen für Aufwendungen zugunsten einer Basisversorgung im Alter – einen separaten Höchstbetrag geben. Steuerpflichtige, die ihren Krankenversicherungsschutz nicht vollständig selbst bezahlen müssen, können hierfür maximal 1.500 Euro geltend machen (z.B. Arbeiter, Angestellte, Rentner). Bei den übrigen Steuerzahlern – z.B. Selbständige, deren Krankenversicherung voll aus versteuertem Einkommen finanziert wird – beträgt der Höchstbetrag 2.400 Euro. Bei zusammen veranlagten Ehegatten steht das Abzugsvolumen jedem Ehegatten gesondert zu.

Weil denkbar ist, dass Steuerpflichtige nach altem Recht mehr Vorsorgeaufwendungen von der Steuer absetzen können, als in den ersten Jahren des neuen Rechts, sieht das Gesetz eine so genannte **Günstigerprüfung** vor. Sie stellt sicher, dass Steuerpflichtige nach der Neuregelung mindestens so viel abziehen können, wie nach altem Recht. Im Zuge dieser Prüfung wird ermittelt, nach welchem Recht der Abzug aller Vorsorgeaufwendungen (Basisversorgung + sonstige Vorsorgeaufwendungen) günstiger ist. Angesetzt wird der höhere Abzugsbetrag. Die Günstigerprüfung wird von 2005 bis 2019 durchgeführt. Ab 2011 wird der bisherige Vorwegabzug allerdings sukzessive abgebaut.

Alleinstehende Arbeitnehmer – jährliche steuerliche Entlastung in Euro

Bruttolohn in Euro	beim Abzug von Rentenversicherungsbeiträgen zu mindestens		
	60% im Startjahr 2005	80% im Jahr 2015 *)	100% im Endjahr 2025 *)
20.000	0	128	392
30.000	27	400	766
40.000	102	672	1.230
50.000	199	1.000	1.784
60.000	296	1.333	2.370

* schrittweise Steigerung um 2% pro Jahr bis zum Endjahr 2025; berechnet nach Einkommensteuertarif 2005

Freiraum für die persönliche Altersvorsorge

4.2 Welche Leibrentenprodukte können gefördert werden?



Beiträge zu Gunsten einer privaten Leibrentenversicherung werden nur dann gefördert, wenn die Versicherung die Zahlung einer monatlichen auf das Leben des Steuerpflichtigen bezogenen lebenslangen Leibrente vorsieht. Die Leistungen dürfen außerdem nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahrs des Berechtigten erbracht werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass es sich – wie bei den Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung – um Vorsorgeprodukte handelt, bei denen die angesparten Beiträge auch tatsächlich zur Altersversorgung verwendet werden. Aus diesem Grund dürfen die entstandenen Versorgungsanwartschaften

- nicht vererblich,
- nicht übertragbar,
- nicht beleihbar,
- nicht veräußerbar und
- nicht kapitalisierbar sein, d. h. nicht in einem Betrag ausgezahlt werden

Dies gilt für gesetzliche Rentenversicherungen, für die berufsständische Versorgung und für neu zu entwickelnde private kapitalgedeckte Leibrentenversicherungen. Die steuerlich begünstigten Vorsorgeprodukte können durch eine Zusatzversicherung (Berufsunfähigkeit, verminderte Erwerbsfähigkeit, Hinterbliebenenschutz) ergänzt werden.

4.3 Förderung der betrieblichen Altersversorgung

Auch Beiträge für eine Direktversicherung werden künftig grundsätzlich steuerfrei gestellt. Im Bereich der kapitalgedeckten betrieblichen Altersversorgung wird somit langfristig zur nachgelagerten Besteuerung übergegangen. Für neu erteilte Versorgungszusagen wird als Ausgleich für die insoweit entfallende Möglichkeit der Pauschalbesteuerung der Rahmen der betrieblichen Altersversorgung zusätzlich zu den bisher schon bestehenden steuerlich begünstigten Vorsorgemöglichkeiten um 1.800 Euro erweitert.

Beschäftigte können jetzt ihre Betriebsrente zu einem neuen Arbeitgeber mitnehmen und dort auch weiterführen (so genannte Portabilität). Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz häufiger gewechselt haben, werden besser gestellt. Bisher mussten sie mit einer Zersplitterung ihrer Betriebsrentenansprüche rechnen, teilweise sogar mit einem Verlust von Ansprüchen; im günstigsten Fall wegen der komplizierten Verwaltung vieler kleiner Renten auch mit erheblichen Mehrkosten. Für Arbeitgeber ist die Regelung vorteilhaft, da die Verwaltung von Kleinstrenten für viele, nur kurze Zeit beschäftigte Mitarbeiter entfällt.

Weiterführung der Betriebsrente bei Arbeitgeberwechsel

4.4 Vereinfachungen bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge

Bei der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente) werden Vereinfachungen für die Steuerpflichtigen und Anbieter umgesetzt. So wird u. a. das Antragsverfahren durch die Einführung eines Dauerzulageantrags vereinfacht. Das heißt, der Zulageberechtigte kann seinen Anbieter bevollmächtigen, für ihn jedes Jahr einen Zulageantrag bei der Zulagenstelle (zentrale Stelle) zu stellen. Eine einmalige Bevollmächtigung, z. B. bei Vertragsabschluss, reicht zukünftig aus.

Vereinfachungen bei der Riester-Rente

Darüber hinaus wird der Katalog der Kriterien, die eine steuerliche Förderung von Vorsorgeprodukten möglich machen (Zertifizierungskriterien), vereinfacht. Der Anleger hat zudem die Möglichkeit, zu Beginn der Auszahlungsphase 30 Prozent des angesparten Kapitals zur freien Verwendung zu entnehmen. Für Altersvorsorgeverträge, die nach dem 1. Januar 2006 abgeschlossen werden, ist die Verwendung geschlechtsneutraler Tarife – so genannter Unisex-Tarife – vorgeschrieben. Frauen und Männer erhalten so bei gleichen Beiträgen die gleichen Auszahlungen

Bereits abgeschlossene Altersvorsorgeverträge können auf Grund einer einvernehmlichen Vereinbarung zwischen Anbieter und Anleger grundsätzlich auf die neuen Kriterien umgestellt werden.

Einzelheiten finden Sie in unserer Broschüre „Steuerliche Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge“.

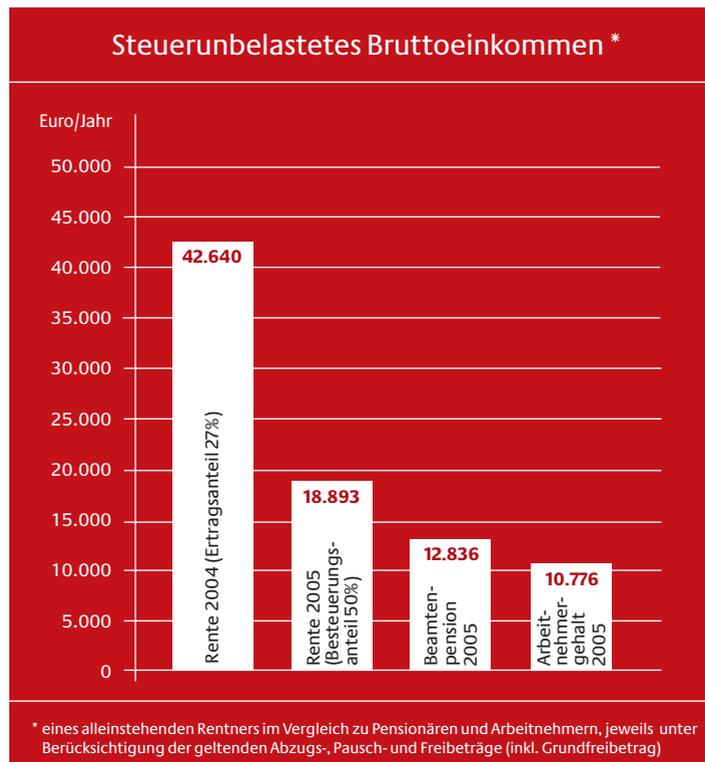


5 BESTEUERUNG VON ALTERS- EINKÜNF TEN

5.1 Allgemeine Grundsätze

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und Pensionen sind seit jeher steuerpflichtig. Renten unterliegen bisher aber nur teilweise, und zwar mit einem niedrigen Ertragsanteil, der Einkommensteuer, während Pensionen grundsätzlich in voller Höhe besteuert werden.

Bisherige Praxis:
Ungleiche
Behandlung
von Renten,
Pensionen und
Arbeits-
einkommen



Durch das Alterseinkünftegesetz werden Beamtenpensionen und Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung künftig steuerlich gleich behandelt.

Dies ermöglicht die ab 2005 schrittweise umzusetzende nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften. Davon erfasst sind Leibrenten und andere Leistungen aus

- den gesetzlichen Rentenversicherungen,
- den landwirtschaftlichen Alterskassen,
- berufsständischen Versorgungseinrichtungen sowie
- Leibrentenversicherungen, die nur die Zahlung einer monatlichen, auf das Leben des Steuerpflichtigen bezogenen lebenslangen Leibrente vorsehen, die nicht vor Vollendung des 60. Lebensjahres ausgezahlt wird. Die Ansprüche aus diesen Versicherungen dürfen nicht vererblich, nicht übertragbar, nicht beleihbar, nicht veräußerbar und nicht kapitalisierbar sein.

Zu den Leibrenten gehören auch Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Hinterbliebenenrenten.

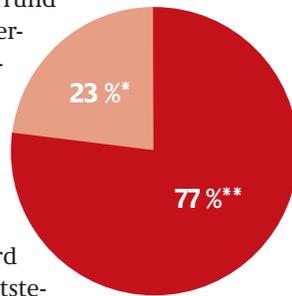
5.2 Besteuerung von Renten

Die große Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner, die bereits heute Rente beziehen, müssen auch künftig auf ihre Rente keine Steuern bezahlen. So sind ab dem Jahr 2005 für alle Alleinstehenden, die bereits eine Rente beziehen („Bestandsrenten“) oder im Jahr 2005 in Rente gehen („Neufälle“), rund 18.900 Euro pro Jahr (rund 1.575 Euro pro Monat) steuerfrei¹, soweit keine weiteren Einkünfte vorliegen. Bei Verheirateten verdoppeln sich diese Beträge.

Lediglich ein Viertel der Rentnerhaushalte wird ab 2005 steuerbelastet sein. Dies betrifft rund 3,3 Millionen steuerpflichtige Rentnerhaushalte mit erheblichen zusätzlichen Einkünften. Zum Vergleich: Schon bisher waren etwa 2 Millionen Rentnerhaushalte steuerbelastet.

*23 % steuerbelastete Rentnerhaushalte (3,3 Mio. Steuerpflichtige)

**77 % nichtsteuerbelastete Rentnerhaushalte (10,9 Mio. Steuerpflichtige)



Eine steuerliche Mehrbelastung wird überwiegend nur in den Fällen entstehen, in denen neben einer hohen gesetzlichen Rente noch andere Einkünfte aus Werkspensionen oder Betriebsrenten, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen oder Einkünfte eines erwerbstätigen Ehepartners hinzukommen.

Ab 2005 unterliegen Alterseinkünfte zu 50 Prozent der Besteuerung. Dies gilt für alle Bestandsrenten sowie die in diesem Jahr erstmals gezahlten Renten. Der steuerbare Anteil der Rente wird für jeden neu hinzukommenden Rentnerjahrgang bis zum Jahr 2020 in Schritten von 2 Prozentpunkten auf 80 Prozent und anschließend in Schritten von 1 Prozentpunkten bis zum Jahr 2040 auf 100 Prozent angehoben.

Steuerfreier Teil wird auf Dauer festgeschrieben

Der sich nach Maßgabe dieser Prozentsätze ergebende steuerfrei bleibende Teil der Rente wird auf Dauer festgeschrieben. Der

¹ Die exakte Höhe der steuerfreien Rente hängt insbesondere von der Höhe des jeweiligen Krankenversicherungsbeitrages ab.

Jahr des Rentenbeginns	Besteuerungsanteil in v.H.
bis 2005	50
ab 2006	52
2007	54
2008	56
2009	58
2010	60
2011	62
2012	64
2013	66
2014	68
2015	70
2016	72
2017	74
2018	76
2019	78
2020	80
2021	81
2022	82
2023	83
2024	84
2025	85
2026	86
2027	87
2028	88
2029	89
2030	90
2031	91
2032	92
2033	93
2034	94
2035	95
2036	96
2037	97
2038	98
2039	99
2040	100

Besteuerungsanteil gilt einheitlich und damit auch für die Renten selbstständig tätiger und nicht pflichtversicherter Personen. Der steigende Besteuerungsanteil ist wegen der wachsenden steuerlichen Abzugsmöglichkeit der Beiträge zur Altersvorsorge gerechtfertigt.

Die Festschreibung gilt erst ab dem Jahr, das auf das Jahr des ersten Rentenbezugs folgt. Damit wird vermieden, dass in Abhängigkeit vom Renteneintrittsmonat im Jahr des Rentenbeginns sowie vor oder nach einer Rentenanpassung bei ansonsten gleichem Sachverhalt ein unterschiedlicher steuerfreier Teil der Rente dauerhaft festgeschrieben wird.

Für Personen, die im Jahr 2040 oder später in Rente gehen, unterliegt die Rente – unter Berücksichtigung der dann geltenden Freibeträge – in voller Höhe der Besteuerung. Damit werden Renten und Pensionen einkommensteuerrechtlich gleich behandelt.



Verheiratete – monatliche Alterseinkünfte in €*

Gesetzliche Rente	Zusätzliche Betriebsrente	Summe	Est zzgl. SolZ eines Rentners nach		Differenz zum geltenden Recht
			gelt. Recht	AltEinkG	
2.000	0	2.000	0	0	0
	800	2.800	0	0	0
	1.600	3.600	15,83	100,83	85,00
2.600	0	2.600	0	0	0
	800	3.400	0	19,17	19,17
	1.600	4.200	50,83	183,83	133,00
3.200	0	3.200	0	4,33	4,33
	800	4.000	0	77,17	77,17
	1.600	4.800	90,17	277,08	186,91

*Steuerliche Belastung nach dem Alterseinkünftegesetz ab 2005

Steuerpflicht nur bei weit überdurchschnittlichen Einkünften



Alleinstehende – monatliche Alterseinkünfte in €*

Gesetzliche Rente	Zusätzliche Betriebsrente	Summe	Est zzgl. SolZ eines Rentners nach		Differenz zum geltenden Recht
			gelt. Recht	AltEinkG	
1.000	0	1.000	0	0	0
	400	1.400	0	0	0
	800	1.800	0	16,67	16,67
1.300	0	1.300	0	0	0
	400	1.700	0	0	0
	800	2.100	0	39,58	39,58
1.600	0	1.600	0	1,58	1,58
	400	2.000	0	16,75	16,75
	800	2.400	0	65,75	65,75

*Steuerliche Belastung nach dem Alterseinkünftegesetz ab 2005

Empfänger kleinerer und mittlerer Renten sind nicht betroffen

5.3 Besteuerung von Pensionen

Mit der vollständigen Umstellung auf das System der nachgelagerten Besteuerung im Jahr 2040 wird auch die einkommensteuerrechtliche Gleichbehandlung von Beamten- und Werkspensionen sowie von Renten erreicht sein. Bis dahin wird der Versorgungsfreibetrag für Beamten- und Werkspensionen schrittweise in dem Maße verringert, in dem die Besteuerungsanteile der Leibrenten erhöht werden.

Die Beamten zahlen anders als die Rentenversicherungspflichtigen im aktiven Arbeitsleben keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Versorgungsbezüge der Beamten werden daher bereits heute grundsätzlich in vollem Umfang und nicht nur mit einem Ertragsanteil besteuert. Von den Versorgungsbezügen werden der Versorgungsfreibetrag und der Arbeitnehmer-Pauschbetrag abgezogen.

Der Versorgungsfreibetrag, der zum Ausgleich der Ungleichbehandlung zwischen Renten und Pensionen eingeführt und mehrfach erhöht wurde, wird für jeden neu hinzukommenden Jahrgang bis zum Jahr 2040 abgeschmolzen. Für den einzelnen Pensionär bleibt der bei Eintritt geltende Versorgungsfreibetrag für die gesamte Dauer des Versorgungsbezugs gleich. Der Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrags entfällt ab 2005. Stattdessen wird – wie auch bei den Renten – ein Werbungskosten-Pauschbetrag von 102 Euro berücksichtigt. Als Ausgleich für den Wegfall des Arbeitnehmer-Pauschbetrages wird dem Versorgungsfreibetrag in der Übergangsphase zunächst ein entsprechender Zuschlag hinzugerechnet, der dann ebenfalls gleichmäßig für jeden ab 2006 in den Ruhestand tretenden Jahrgang abgeschmolzen wird.

5.4 Altersentlastungsbetrag

Der Altersentlastungsbetrag verliert seine Rechtfertigung, wenn in der Endstufe der nachgelagerten Besteuerung die Renten und Versorgungsbezüge zu 100 Prozent besteuert werden. Die Neuordnung der Besteuerung der Altersbezüge sieht die Um-

stellung auf das neue Besteuerungssystem nicht in einem Schritt, sondern abgestuft über einen Zeitraum von 35 Jahren vor. Der Altersentlastungsbetrag wird in gleichem Maße abgeschmolzen, wie der Besteuerungsanteil der Renten steigt.

5.5 Rentenbezugsmitteilung

Die Besteuerung der Leibrenten wird durch jährliche Rentenbezugsmitteilungen der Rentenversicherungsträger und der Lebensversicherungsunternehmen an eine zentrale Stelle der Finanzverwaltung sichergestellt. Eingerichtet wird die zentrale Stelle bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), wo bereits entsprechende Aufgaben für die Riester-Rente wahrgenommen werden. Hier werden die Daten zusammengeführt und an die jeweils zuständige Landesfinanzbehörde übermittelt. Dieses Mitteilungsverfahren ersetzt im Einzelfall nicht die Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung.



Automatische Rentenbezugsmitteilungen vereinfachen die Besteuerung

6 PERSPEKTIVEN

Der demographischen Herausforderung müssen wir mit einer vorausschauenden Politik begegnen. Das Alterseinkünftegesetz ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem modernen, zukunftsfähigen und gerechteren Alterssicherungssystem. Es regelt nicht nur die geforderte steuerliche Gleichstellung von Beamtenpensionen und Renten. Die Bundesregierung betreibt damit auch eine vorausschauende, langfristige Rentensicherung, indem sie die Möglichkeiten zur privaten Altersvorsorge erleichtert. Schließlich sollen auch künftige Generationen ihren Ruhestand auf einem stabilen finanziellen Fundament genießen können.

Die schrittweise Steuerfreistellung sorgt dafür, dass den Bürgern während ihrer aktiven, berufstätigen Lebenszeit mehr Geldmittel zur Verfügung stehen. Der Steuervorteil für die Beitragszahler übersteigt insgesamt bei weitem die steuerliche Belastung späterer Renteneinkünfte.

Generationenbrücke Deutschland erhält so tragfähige und verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen für die Altersvorsorge. Wir brauchen Solidarität zwischen den Generationen, ein Miteinander und ein Füreinander. Das Alterseinkünftegesetz schlägt diese Brücke. Das ist gerecht für Jung und Alt.



Die Broschüre gibt inhaltlich den aktuellen Stand zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder. Aktuelle Informationen zur Thematik dieser Broschüre sowie zu allen weiteren Publikationen des BMF können Sie der Internetseite des BMF entnehmen: www.bundesfinanzministerium.de

Impressum:

HERAUSGEBER:
Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

KONZEPT UND GESTALTUNG:
Pleon Kohtes Klewes GmbH, Berlin

REDAKTION:
Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN
DES BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**
telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 € /Min.)
per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 € /Min.)
per E-Mail buengerreferat@bmf.bund.de

Stand: 1. Januar 2005

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.